

Die Verantwortung der anderen Schweiz wahrnehmen

«Würde man die 1370 Kinder, die täglich durch die Schuldenkrise sterben, zum Beispiel einfach erschiessen, vielleicht würden Millionen aufstehen. Die Methoden des späten 20. Jahrhunderts sind allerdings subtiler.»

Susan George, Direktorin des Transnationalen Instituts, Amsterdam und Autorin des Buches «Sie sterben an unserem Geld».

1990 ist der Schuldenberg der «Dritten Welt» wieder rascher angewachsen: Die armen Länder mussten sich weiter verschulden, nur um die Zinsen und fälligen Schulden zurückzahlen. Seit 1982 hatte die Gläubigerpolitik der Regierungen nur ein einziges Ziel: Die Banken vor den Konsequenzen ihrer eigenen verwegenen Anleihen zu schützen. Dieses Ziel ist vollumfänglich erreicht worden. Das Bankensystem ist nicht länger in Gefahr. Die Schuldenkrise verhilft ihm im Gegenteil zu bedeutenden finanziellen Vorteilen: Dutzende Länder, um harte Währung bemüht, konkurrieren im Export begrenzter Güter und treiben durch ein weltweites Überangebot die Preise immer weiter ins Bodenlose. «Strukturelle Anpassung» nennt sich diese Politik. Der Nettoabfluss aus den armen Ländern in die reichen summierte sich seit 1982 auf über 330 Milliarden Dollar!

Die Eliten des Südens haben häufig kein Interesse an einer Problemlösung. Selten wird die Schuldenkrise zu ihrer eigenen Krise; meist erleben sie unermessliche Spekulationsmöglichkeiten und Vorteile im Erwerb von Dollar-Vermögen durch Spekulation und illegale Bereicherung. Auch wenn eine wachsende Zahl von Menschen in den armen Ländern gegen diese unerträgliche Politik protestiert, sind sie doch nicht stark genug, ihre Regierungen zu einer Kürzung der Schuldenrückzahlung zu zwingen oder eine strukturelle Anpassung des Entwicklungsmodells durchzusetzen. Soziale Bewegungen im Süden sind notwendigerweise häufig mit dem Überleben beschäftigt. Die Protestierenden riskieren meist auch ihr Leben.

Die riesigen Gewinne, die die Länder des Nordens aus dem Süden abziehen, kommen aber auch hier nicht der Bevölkerung zugute. Weder geben die grossen Lebensmittelkonzerne die billigen Rohstoffpreise an die KonsumentInnen weiter, noch wird der Kapitalzufluss aus der Dritten Welt fruchtbar angelegt: Er heizt die (Boden-)Spekulation an, begünstigt unerwünschte Firmen-Aufkäufe und «Restrukturierungen» und fördert so den «Kasino-Kapitalismus».

An der IWF-Jahrestagung in Bangkok Mitte Oktober erklärten Bundesrat Otto Stich und Nationalbank-Präsident Markus Lusser unisono, wie wichtig ein Beitritt der Schweiz zu IWF und Weltbank gerade jetzt sei. Man müsse der Sowjetunion zuvor kommen, um einen Direktoriumssitz zu erhalten. Lusser verstieg sich gar zur Behauptung, es gehe darum, «eine neue Welt aufzubauen».

An der IWF-Tagung in Bern war sich demgegenüber die grosse Mehrheit der 300 Anwesenden einig, dass ein Referendum einen notwendigen Schritt zur Thematisierung der Beziehungen zwischen Norden und Süden und der Aussenpolitik der Schweiz im besonderen darstellt. Der 700-Jahre-Sonderfall-Mentalität und dem Isolationismus stellen wir eine sinnvolle Zusammenarbeit der Schweiz mit bevölkerungsnahen und regierungsunabhängigen Organisationen der Dritten Welt entgegen. Entwicklung muss die Bedürfnisse der Menschen berücksichtigen, nicht diejenigen der internationalen Finanzwelt. IWF und Weltbank stellen für diese Menschen immer noch Teile des Problems dar, nicht dessen Lösung. Viele Frauen betonten an der Berner Tagung vor allem die unmenschlichen Konsequenzen dieser Politik für Frauen. Nicht zuletzt deswegen ist der Feminismus das dynamischste Element des Referendums. Eine starke Kampagne und engagierte Unterschriftensammlung gegen den Beitritt zu den sozial und ökologisch unverträglichen Institutionen erlaubt der entwicklungspolitischen Szene der Schweiz, wieder in Alternativen zu diskutieren und die Schweizer Aussenpolitik zur innenpolitischen Auseinandersetzung zu gestalten – nicht um eine «neue Welt» zu schaffen, aber damit die andere Schweiz ihre Verantwortung in der bestehenden Welt wahrnimmt. Wir rufen alle LeserInnen auf, sich aktiv an der Unterschriftensammlung zu beteiligen. Ein Referendumsbogen liegt dieser BRESCHÉ bei.

Roland Brunner